

(Abgeordneter Günther.)

(A) nicht mitarbeiten will! Ich kann mir freilich denken, daß Sie nach wie vor ein sehr gutes Agitationsmittel haben wollen. Der Kampf gegen die Erste Kammer und ihre derzeitige Zusammensetzung wird ein sehr gutes Agitationsmittel bleiben, und von diesem Gesichtspunkte aus sind die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fleißner zu verstehen.

Wenn aber die Königliche Staatsregierung von der Zweiten Kammer Direktiven haben will, wie sich die Zweite Kammer eventuell eine Reform denkt, und wenn dann eine Fraktion von 25 Mitgliedern sofort ausscheidet und sagt, sie lehne jede Reform ab, so ist damit sofort die ganze Frage außerordentlich erschwert. Die Sozialdemokratie bringt ihre Abneigung gegen die Erste Kammer wohl zum Ausdruck, schaltet sich aber bei der Reformierung einer derartigen Einrichtung von vornherein aus. Das ist das, was festgestellt werden muß. Wenn man von modernem Empfinden spricht, muß man auch bereit sein, an eine Reform der Ersten Kammer heranzutreten. Die Sozialdemokratie mag nur erst einmal sagen, was sie unter einer modernen Reform der Ersten Kammer versteht. Nachdem sie einmal ihren prinzipiellen Standpunkt bei der Beratung der Verfassungsreform in Elsaß-Lothringen im Reichstage aufgegeben hat, können Sie einen derartig ablehnenden Standpunkt fernerhin gar nicht mehr vertreten.

(B) Wo bleibt denn da der Arbeiter? Das war die wichtigste Frage des Herrn Abgeordneten Fleißner. Wir haben die Frage schon behandelt. Wenn Sie sich aber bei der Mitwirkung an der Reform von vornherein ausschalten, schalten Sie von vornherein die Interessen der Arbeiter aus. Wo bleibt dann die Vertretung der von Ihnen vertretenen Berufsstände im sächsischen Staate, wenn Sie an einer Verfassungsreform der Ersten Kammer nicht mitarbeiten wollen? Das waren alles Worte, die außerordentlich scharf waren und doch keinen Zweifel darüber ließen, daß Sie nichts zu der Lösung der Frage beitragen wollen, und aus denen zu erkennen war, daß durch die Sozialdemokratie in Sachsen jede Aussicht, daß eine Reform der Ersten Kammer in dem Sinne in Erfüllung gehen könnte, daß einer der wichtigsten Berufszweige, die Arbeiter, wie das bei der Reform in Elsaß-Lothringen vorgesehen ist, auch durch einige Vertreter in der Ersten Kammer vertreten sein könnte, geschwunden ist.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Nitzsche (Leutsch) hat das Schlußwort.

Abgeordneter Nitzsche (Leutsch): Ich werde dem Beispiele des Herrn Abgeordneten Günther folgen und mich auch kurz fassen.

Ich habe mich absichtlich bei der Begründung des Antrages nicht auf die historische Entwicklung eingelassen. Ich bin der Meinung gewesen, daß wir die Dinge betrachten müssen, wie sie heute sind, und von diesem Standpunkte aus unsere Schlüsse ziehen müssen.

Der Herr Abgeordnete Fleißner hat davon gesprochen, daß ich von der Regierung verlangt habe, daß der Wille der Mehrheit des Volkes respektiert werde. Der Herr Abgeordnete Fleißner hat aber nicht genau zugehört. Ich habe nur für die Mehrheit des Teiles der Bevölkerung gesprochen, der eine Weiterentwicklung auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung will. Daß es noch einen Teil der Bevölkerung gibt, der auf diesem Standpunkte steht, das wird der Herr Abgeordnete Fleißner wohl ohne weiteres zugeben.

Der Herr Abgeordnete Fleißner hat mir dann weiter einen Vorwurf gemacht und betont, daß wir für den bedeutsamsten Stand der Arbeiter nichts übrig hätten, daß er für uns Luft sei. Ich muß darauf hinweisen, daß auch andere Stände als die vom Herrn Abgeordneten Fleißner gemeinten eine große Bedeutung für das gesamte Staatswesen haben. Aber die nationalliberale Partei hat diese Bedeutung der Arbeiterschaft nie gering eingeschätzt. Die nationalliberale Reichstagsfraktion ist es, in der zwei wirkliche Arbeiter sitzen, und gerade Sie treten einer Arbeiterkandidatur, soweit sie sich nicht zur Sozialdemokratie bekennt, am schärfsten entgegen.

Die Herren Abgeordneten Sindermann und Müller haben sich in längeren Ausführungen mit einem Artikel des Herrn Dr. Kuhn im „Leipziger Tageblatt“ beschäftigt. Es ist ein wahres Glück gewesen, daß Dr. Kuhn diesen Artikel geschrieben hat, denn mit der Betrachtung über diesen Artikel haben Sie die meiste Zeit ausgefüllt. Der Herr Abgeordnete Sindermann schlägt nun für die Zweite Kammer ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht unter Berücksichtigung der Verhältniswahl vor. Daneben haben aber die Herren den Antrag auf Aufhebung der Ersten Kammer gestellt. Sie werden zugeben, daß das etwas viel auf einmal ist und daß man durch eine derartige Überspannung der Forderungen einer Reform der Ersten Kammer entgegenarbeitet. Aber das scheint auch die Absicht der Herren zu sein.

Nun hat der Herr Abgeordnete Opitz in sehr lebhafter Weise die Industriefreundlichkeit der konservativen Partei betont. Wir müssen ihm natürlich glauben und glauben ihm gern. Der Herr Abgeordnete Dr. Spieß hat die Industriefreundlichkeit, soweit die Reform der Ersten Kammer in Frage kommt, ebenfalls hervorgehoben und auf die Vorgänge aus den Jahren 1905 und 1906 hingewiesen. Ich möchte doch, soweit dies in Frage